

Das Euro-Schlachtfest. Die Logik der Krise

**Autor:** Egon Wolfgang Kreutzer

**Verlag:** EWK-Verlag, Elsendorf – zur Verlagsseite <http://ewkshop.de/>

**ISBN:** 978-3-738195-83-5

Das Euro-Schlachtfest - Die Logik der Krise Mit dem vierbändigen Werk "Wolf's wahnwitzige Wirtschaftslehre" hat Egon W. Kreutzer vielen Lesern geholfen, Wirtschaft und Finanzwesen zu verstehen. Insbesondere im dritten Band, "Über das Geld", warnte er vor den Konstruktionsfehlern unseres Geldes und legte einen Vorschlag für die Sicherstellung der Geldversorgung der Realwirtschaft vor.

Inzwischen hat die Wirklichkeit alle Prognosen eingeholt und die Krise gerät trotz aller Rettungsanstrengungen scheinbar vollends außer Kontrolle. Was ist schief gelaufen, was kann jetzt noch getan werden, um zu retten, was noch zu retten ist - oder läuft in Wahrheit vielleicht alles genau so, wie es laufen soll?

In seinem jüngsten Buch zeigt Egon W. Kreutzer in gewohnt verständlicher Sprache auf, warum es zwangsläufig zu dieser "Banken-Staaten-Euro-Krise" kommen musste, wem sie nützt und nach welchen Regeln und nach welcher Logik sie funktioniert und "gesteuert" wird. Alleine zwei Meldungen aus den letzten beiden Tagen zeigen, dass sich alles auf jenen Kulminationspunkt zubewegt, der gemeinhin als "Crash" bezeichnet wird. Die Deutsche Bank muss ihre Bilanzsumme verkleinern und frisches Kapital einsammeln - und die Schulden der Staaten der Euro-Zone sind, allen Rettungsbemühungen und Sparpaketen zum Trotz, innerhalb eines Jahres um 4,9 Prozent auf 8,75 Billionen Euro angewachsen, das entspricht 92,2 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Euro-Raumes.

Doch wirklich verständlich wird das Geschehen erst, wenn man an den Ausgangspunkt zurückkehrt, in jene Jahre des weltweiten Umbruchs als Gorbatschow die DDR freigab, als der 2+4-Vertrag ausgehandelt wurde und Helmut Kohl die DM über die neuen Länder ausschütten ließ.

Das Buch ist illustriert mit Portrait-Zeichnungen der wichtigsten Figuren der Zeit- und Euro-Geschichte. Von Ackermann über Barroso und Draghi bis zu Lagarde, Merkel, Steinbrück und Waigel.

Preis: Die schön gestaltete Hardcover-Ausgabe wird bis 23. August 2013 zum Subskriptionspreis von 22,90 Euro (incl. Versandkostenpauschale) angeboten. Danach kostet das Buch 25,90 € .

Interessenten können das Buch über diesen Link direkt in den Warenkorb packen – zum Shop

[http://www.ewkshop.de/shop/category\\_2/Wirtschaft.html](http://www.ewkshop.de/shop/category_2/Wirtschaft.html)

## **Inhaltsverzeichnis:**

Vorwort

Cui bono – wem nützt es?

Die Gemengelage der Interessen  
- Die USA und die Dollar-Hegemonie  
- Frankreich, England, Russland

- Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Irland – usw.
- Bundesbank, EZB, Deutsche Bank und andere

#### Der Streik des Kapitals

- Das Ritual der Staatsfinanzierung
- Dammbbruch: Subprime-Krise
- Die Angst vor dem Zusammenbruch der eigenen Banken

#### Die Bankenrettung

- Irregulär, bis zum „geht nicht mehr“
- Die Doppelrolle der Geretteten
- Die Mühe, die Gewinne zu verstecken
- Kleine Schuldenschnitte

#### Zusammenfassung der Ausgangslage

##### Die Staatenrettung

- Regeln sind da, um gebrochen zu werden
- Vom Feudalismus in die Märkte-Wirtschaft
- Verantwortung oder kriminelle Energie?
- Die gigantischen Konstrukte EFSF und ESM
- Sonderfall Zypern
- ESM-Normalfall: „Geldschwemme“
- Die Währung "Euro" ist kein Wert an sich.
- Die Troika

##### Das Euro-Schlachtfest

- Schlachtgewicht erreicht
- Finale

##### Die Logik dahinter

- Geldschöpfung und Geldhortung
- Metaphysisches Ende
- Das „private Geldmonopol“
- Der Egoismus
- Die Schuldenbremse, eine klassische Fehlkonstruktion
- Gemeinschaftswährung - Weltwährung?
- Die armen Schweine

##### Ausblick

- Nach dem Schlachtfest ist vor dem Schlachtfest
- die Krisen-Illusion
- Griechenlands Bodenschätze und Chinas Devisenreserven

##### Epilog

##### Anhang

- 1) Die Banken-Dollar-Airbus-Krise
- 2) Verfassungsgut Kapitalismus

## **Vorwort**

Wer die Nachrichten der letzten Jahre einigermaßen aufmerksam verfolgt hat, der hat die öffentlich verbreiteten Fakten zur Krise wahrgenommen – und die öffentlich verbreiteten Erklärungen und Argumente ebenfalls.

Was uns öffentlich vorgesetzt wurde, ergibt jedoch noch kein Bild. Es sind nur Mosaiksteine, die in schneller Folge wie von Geisterhand auf einen Haufen geworfen wurden.

So entstand der Eindruck, es ereigne sich ein großes Unglück, gegen das Profis und Laien, Banker und Politiker mit äußerster Kraft ankämpfen, ein Unglück, das von Ausbruch und Verlauf her einer Virus-Epidemie gleicht, die ein Opfer nach dem anderen dahinrafft, während die Experten verzweifelt nach einem Gegenmittel suchen. Es bleibt dabei keine Zeit innezuhalten, zu bilanzieren, Aufwand und Nutzen gegenüberzustellen. Milliarde um Milliarde wird ins Feuer geworfen, in der Hoffnung, die Krise mit einem Schaumteppich aus Banknoten ersticken zu können. Jede neue Rettung ist neue Hoffnung – und jede nächste neue Rettung wird als die nun wirklich letzte und durchschlagend wirksame angekündigt.

Dass bei alledem ein schaler Beigeschmack nicht zu verdrängen ist, dass die scheinbar naturgesetzliche – und daher oft als alternativlos bezeichnete Abfolge der Ereignisse immer wieder auch ein Kopfschütteln hervorruft, steht auf einem anderen Blatt.

Dieses „andere Blatt“ ist so etwas wie die „Blaupause der Krise“, der Plan, nachdem sie sich vollzieht bzw. – wenn man an eine Verschwörung denkt – nach dem sie vollzogen wird.

In diesem Buch wird die Frage nach der Verschwörung ebenso gestellt, wie die Frage nach der „inneren Logik“ unseres Geldsystems – und danach, inwieweit Verschwörung und Logik in dieser Krise Hand und Hand gegangen sind.

Es wird die Frage gestellt und beantwortet, wie es zum katastrophalen Versagen der Staaten kommen konnte, die sich in dieser Krise – wenn es ihnen denn um die Rettung der gemeinsamen Währung und um den Erhalt des Wohlstands der Bevölkerung gegangen wäre – denkbar ungeschickt verhalten haben und dies wohl auch so fortsetzen werden.

In der Schlussfolgerung wird klar, dass das Schlachtfest bereits in vollem Gange ist. Der Euro war so eine Art „Turbo-Mast-Futter“ für die Staaten der Euro-Zone.

Doch so, wie ein Schweinemäster nur deswegen teures Mastfutter in die Tröge schüttet, damit seine Tiere möglichst schnell ihr Schlachtgewicht erreichen (und nicht etwa, weil er ein besonderer Tierfreund wäre), so haben auch die „Stifter des Euro“ nichts anderes im Sinn, als sich zum optimalen Zeitpunkt den fetten Braten zu sichern.

Dieser Zeitpunkt scheint erreicht zu sein.

Der noch mögliche Ertragszuwachs bleibt hinter dem Aufwand für die weitere Fütterung zurück. Es rentiert sich nicht mehr. Abzulesen an den Ereignissen von Anfang Juli 2013: Die Rating-Agenturen stufen Frankreich – den nach Deutschland wichtigsten Euro-Garanten – herab und in der logischen Folge gleich auch noch den Euro-Rettungsschirm EFSF.

Die Herabstufung Deutschlands und des noch mächtigeren Rettungsschirmes ESM wird da nicht mehr lange auf sich warten lassen – und damit dürfte das Schlachtfest dann offiziell eröffnet sein.

Der Untertitel „Die Logik der Krise“, soll zum Ausdruck bringen, dass es in unserem Finanz- und Wirtschaftssystem zwangslogische Abfolgen gibt, aus denen auch die aktuelle Krise hervorgegangen ist. Er soll zugleich andeuten, dass genau diese „Logik“ auch den Blickwinkel der vorliegenden Betrachtung bestimmt.

Ein Blickwinkel, von dem aus die Daten, Fakten, Statistiken, Zahlengebirge und Paragraphenwälder der Verträge und Vereinbarungen in den Hintergrund treten, ja nur soweit überhaupt angeführt werden, wie es einem Gefühl für Größenordnungen oder Zeitabläufe dienlich ist, nicht, um mit empirisch-mathematischen Modellen Beweise zu führen oder Prognosen zu erzeugen.

Noch ist die Krise nicht überstanden, noch ist es müßig, Bilanz zu ziehen, Schäden zu ermitteln und Gewinne abzuschätzen – und selbst wenn die Krise einmal überstanden sein wird, hilft das Wissen um das Ausmaß des Betrugs keinen Schritt weiter, wenn es darum geht, die nächste Krise zu vermeiden oder zumindest besser für sie gerüstet zu sein.

Um der nächsten Krise vorzubeugen, braucht es das Wissen um die Prinzipien, um die Gesetzmäßigkeiten, nach denen die Krise funktioniert – und genau dazu soll dieses Buch einen Beitrag leisten.

Elsendorf, Ende Juli 2013

Egon W. Kreuzer

---

### **Cui bono – wem nützt es?**

Mitte Juni 2013 wurden mehrere Statistiken veröffentlicht, die den Reichtum der Deutschen beleuchteten.

Einerseits wurde beklagt, dass die Deutschen – zumindest durchschnittlich – ärmer seien als viele ihrer Brüder und Schwestern im Euro, die sich derzeit „retten“ lassen.

Andererseits wurde bejubelt, dass die Zahl der deutschen Millionäre auf eine Million angestiegen sei. „Die Marke ist geknackt“, bejubelte die WELT den Anstieg der Zahl der Millionäre um 6,7 Prozent innerhalb eines Jahres.

Dass die Millionäre nicht nach ihrem Vermögen in Euro gezählt wurden, sondern als „Dollar-Millionäre“, ist wohl nicht nur der besseren weltweiten Vergleichbarkeit geschuldet, es wirft zugleich ein bezeichnendes Licht auf den Rang des Euro unter den Währungen dieser Welt.

Dass die Millionäre nicht nur der Zahl nach mehr geworden sind, sondern dass das Gesamtvermögen der nun 1.015.000 Millionäre sogar um 7,7% gestiegen ist – nach Steuern, versteht sich – lässt an der Existenz einer Krise zweifeln.

Einem Land, in dem ein Achtzigstel der Bevölkerung innerhalb eines Jahres um 300 Milliarden US-Dollar reicher geworden ist, was wiederum bedeutet, dass jeder Millionär im Laufe von 365 Tagen durchschnittlich um 300.000 Dollar reicher geworden ist (nach allen Ausgaben für Frisör und Flatrate) kann es doch gar nicht schlecht gehen.

Vielleicht muss es aber 79 Millionen Deutschen schlecht gehen, damit es 1 Million so gut gehen kann.

Womit haben die ihren Vermögenszuwachs denn „verdient“?

Wenn diese Million Millionäre insgesamt um 300 Milliarden \$ reicher geworden ist (~ 230 Milliarden Euro), dann muss dieser Reichtumszuwachs doch von den anderen erwirtschaftet worden sein. In ihrer Eigenschaft als Beschäftigte, die mit niedrigeren Löhnen abgespeist wurden, als es ihrem Anteil an der Wertschöpfung entsprochen hätte – und in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, die einfach viel zu viel für das bezahlen mussten, was sie vorher selbst- für viel zu geringen Lohn - erarbeitet haben.

Rechnen wir in „Privaten Haushalten“, von denen es in Deutschland rund 40 Millionen gibt, dann haben 39 Millionen Haushalte letztes Jahr theoretisch durchschnittlich 7.500 Euro aus ihrer Wertschöpfung an die Reichen abdrücken müssen.

Um welche gigantische Größenordnung es dabei geht, zeigt eine einfache Beispielrechnung:

In Deutschland gibt es rund 7 Millionen „Leistungsbezieher“ die sich mit dem „Regelsatz“ am Existenzminimum bewegen müssen. Stellen wir deren „Kosten“ dem Vermögenszuwachs der Millionäre gegenüber, dann zeigt sich, dass schon ein Bruchteil des Vermögenszuwachses der Reichen, nämlich 40 Milliarden von 230 Milliarden Euro ausreichen würde, um die Regelsätze zu verdoppeln! Vom Vermögenszuwachs der Reichen im letzten Jahr blieben denen immer noch 190 Milliarden Euro übrig.

Die Regierung gibt sich hilflos. Verschanzt sich hinter der Mär von erdrückend hohen Staatsschulden und verordnet sich ein Sparprogramm nach dem anderen. Sparprogramme, die dazu geführt haben, dass der Staat und seine Organisationen in Deutschland bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen seit Jahren einen unerreichbaren ersten Platz einnehmen.

Höhere Steuern auf höchste Einkommen und Steuern auf Vermögen sind nicht möglich, weil damit die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährdet würde.

Die Reichen müssen reicher werden, die Armen ärmer.

Und solange die Krise daran nichts ändert, fehlt es an der Motivation, an der Krise etwas zu ändern.

Genauso ist das in Bezug auf die politische Wirkung dieser Krise:

Angela Merkel bezieht einen erheblichen Teil ihrer Popularität und damit auch der Wählerstimmen für die Union direkt aus der Krise.

Das ließe sich mit der Lösung der Krise auch nicht mehr toppen – da reicht doch wieder einmal vollkommen aus, was die CDU schon 1987 bundesweit plakatierte: „Weiter so!“

---

## **Leseprobe**

Dammbruch: Subprime-Krise

Noch liegen in weiten Teilen der Welt die Eigentumsrechte an den meisten Sachwerten in der Hand der Staaten. Es handelt sich dabei vor allem um Grund und Boden und um die Einrichtungen der Infrastruktur, die sich die Bürger im Laufe der Zeit geschaffen haben und die sie deshalb nutzen können, ohne dass dabei ein privatwirtschaftliches Unternehmen einen „Gewinn“ erwirtschaftet. Es sind aber auch die Boden- und Naturschätze und die zum Schutz von Mensch und Natur getroffenen Vereinbarungen über die Art und das Maß der Nutzung und Ausbeutung, die durchaus als Eigentumsrechte einen hohen Wert besitzen.

Den Bürgern, die den Nutzen vom so bewahrten „Staats- bzw. Volkseigentum“ haben, kann man diese Sachwerte nicht wegnehmen. Sie sind nur Nutzer, nicht Eigentümer. Ihr gemeinsames Eigentum bewahrt, erhält und mehrt (Amtseid) ihr Staat.

Also gilt es, den Staat in die Schuldenfalle zu treiben und ihn dann zum Verkauf der Vermögenswerte zu zwingen, was heutzutage mit dem Verblödungsbegriff „Privatisierung“ verharmlost wird.

Um den Staat in die Verlegenheit zu bringen, das Volksvermögen zu verkaufen, wenn er seinen Verpflichtungen auch nur einigermaßen nachkommen will, sind mindestens drei Voraussetzungen zu schaffen:

1. Der Staat darf nicht selbst Geld emittieren können.
2. Die Staatseinnahmen dürfen nicht ausreichen, um die Einnahmen zu bestreiten.
3. Die Ausgaben dürfen sich auch bei striktem Sparen nicht unter den Betrag der Einnahmen drücken lassen.

**Die erste Voraussetzung** ist praktisch überall gegeben, sogar die USA brauchen die Privatbank FED, um sich zu finanzieren – und auch die Mitglieder der Euro-Staaten haben sich verpflichtet, sich nicht direkt bei der eigenen Zentralbank Geld zu holen, sondern sich ausschließlich an den Finanzmärkten zu verschulden.

Das ist so hanebüchen irrsinnig, dass man es nicht für wahr halten möchte. Der Staat, der „systemrelevante Banken“ retten muss, muss dafür bei anderen „systemrelevanten Banken“ oder bei den „Damen und Herren Märkte“ Schulden machen.

Ja warum retten diejenigen, denen die Herrschaft über das Geld anvertraut ist, ihr gottverdammtes Verbrechenssystem denn nicht selbst?

Die Antwort ist einfach – und unwiderlegbar:

Die Banken und die Märkte lassen sich retten, statt selbst an der Rettung zu arbeiten, weil es eben nicht darum geht, eine Bank oder einen Staat zu retten, sondern - weit darüber hinaus - ausschließlich darum, mit der Schuldenfalle fette Beute zu machen und „ewige“ Zinsansprüche zu generieren.

Geld ist Bestandteil der Infrastruktur, nicht anders als Autobahnen und Wasserleitungen. Geld in der benötigten Menge bereit zu stellen und damit zu ermöglichen, dass sich die volle Leistungsfähigkeit der Realwirtschaft entfalten kann, muss Aufgabe des Staates sein – alles andere ist vom Ansatz her schon staatliche Selbstaufgabe.

Dass der Staat diese Aufgabe ersatzlos und ohne eine Gegenleistung zu fordern aufgegeben hat, ist ein Schildbürgerstreich allererster Güte, der jedoch in wahren Demokratien mit einem gesetzgeberischen Federstrich auch wieder aus der Welt zu schaffen wäre. Dass dies nicht geschieht, ist Indiz dafür, wie weit sich unsere Gesellschaft bereits von der Demokratie entfernt und der Plutokratie angenähert hat.

**Die zweite Voraussetzung** herzustellen, bedarf jener Sorte von Politikern, deren Handeln von zwei Gewissheiten bestimmt ist: Dass nämlich die Einnahmen des Staates umso kräftiger sprudeln, je mehr man den Reichen und Bestverdienern die Steuern senkt, und, dass die Staatseinnahmen automatisch wachsen werden, wenn die Kosten der Arbeit sinken, weil damit Wirtschaftswachstum und steigende Steuereinnahmen erzeugt werden.

Beide Gedankengänge sind zu naiv und kurzsichtig, um zu einer Verbesserung der Staatseinnahmen zu führen. Tatsächlich schmälern sie die dem Staat zur Verfügung stehenden Eigenmittel ganz massiv. Zweifel sind allerdings verboten. Derartige

Glaubenssätze werden stets als alternativlos verkauft – und dass sich die versprochene Wirkung nicht zeigt, kann schließlich ebenso unwiderlegbar damit erklärt werden, dass die Steuern einfach noch nicht weit genug gesenkt wurden und dass die Kosten der Arbeit immer noch viel zu hoch sind.

Die dritte Voraussetzung ist am schwersten herzustellen. Jeder Staat hat Möglichkeiten, ganz massiv zu sparen und seine Ausgaben den Einnahmen anzunähern, vor allem dann, wenn die Situation sich krisenhaft zuspitzt und alle Parteien zusammenrücken, um mit letzter Kraft zu retten, was zu retten ist.

Also muss eine Katastrophe geschaffen werden, die den Staat zwingt, sich in einer Art letzten Aufbäumens doch noch einmal zu gewaltigen Ausgaben hinreißen zu lassen und in ebenso gewaltigem Ausmaß neue Schulden aufzunehmen.

Bei der Schaffung der benötigten Katastrophe kam den Erfordernissen der inneren Logik der Euro-Schlachtung nun jene Entwicklung entgegen, die in den USA angezettelt worden war. Dort lahmte die Binnenkonjunktur, unter anderem auch, weil die Produktion – und damit verbunden die Löhne – mehr und mehr nach China ausgelagert wurden, was die Kaufkraft am heimischen Markt spürbar reduzierte.

Bei sinkender Kaufkraft sinken jedoch auch die Umsätze von Handel, Handwerk und Industrie - und sinkende Umsätze führen zu überproportional sinkenden Gewinnen, nicht selten sogar zu Verlusten.

Also ging man einen an der Grenze zwischen Genie und Wahnsinn angesiedelten Weg, um die Binnenkaufkraft der USA zu stützen. Banker erzählten ihren Hypothekenkunden, dass ihr Grundstück – mit oder ohne Haus – derart im Wert gestiegen sei, dass man durchaus bereit und gewillt sei, zu allerniedrigsten Zinsen und bei größtmöglicher Rücksicht auf erträgliche Tilgungsraten, die bestehenden Kredite noch einmal kräftig aufzustocken. Natürlich könne man das Geld zur Renovierung des Hauses verwenden, doch das sei kein Muss, Hauptsache, man habe eine gute Idee, wie und wo man es auf den Kopf hauen wollte. Den letzten Skeptikern erzählte man überdies, dass die Wertsteigerung der Immobilien immer so weiter gehen würde, dass es also überhaupt kein Problem sein werde, das Häuschen immer noch ein bisschen höher zu beleihen, wenn es denn einmal darauf ankommen sollte.

Also verschuldeten sich Millionen Eigenheimbesitzer bis über beide Ohren bei ihren Banken – auch bei den beiden großen einst staatlichen, später privatisierten Immobilienfinanzierern der USA, Funny Mae und Freddy Mac.